

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Februar-März  
1973

# Evangelische Verantwortung

Heft 2-3/1973

## Um die Christlichkeit der CDU

Hans Bolewski

Nach der Bundestagswahl wurden die Unionsparteien noch häufiger als früher von ihren politischen Gegnern aufgefordert, das „C“ im Parteinamen zu streichen. Diese Angriffe haben in Verbindung mit der innerhalb der CDU/CSU begonnenen Überprüfung von Grundsatzpositionen zu einer verstärkten Diskussion um das „C“ geführt. In der Januarausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ plädierte der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Horst Waffenschmidt leidenschaftlich für die Beibehaltung des „C“. Im folgenden Artikel setzt sich Pfarrer Dr. Hans Bolewski, ehemaliger Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, nochmals mit jenen Argumenten auseinander, die gegen das „C“ vorgebracht werden.

Man hat es schon immer gesagt, und man sagt es heute wieder. Streicht das „C“ in der CDU. Es war von Anfang an ein kirchlich wie politisch nicht erlaubter Monopolanspruch. Schließlich gibt es Christen auch in den anderen Parteien. Wie soll es da die Kirche halten mit den Manifesten und den latenten Christen in der Politik? Sind nicht eigentlich doch die Sozialisten die besseren Christen? Auch Christus hatte sich „nicht für die Reichen, sondern für die Armen entschieden.“ So meint es Eberhard Stammler. Darum nehme man das Ahlener Programm und schaffe das „C“ ab. Es ist heute vollends unzeitgemäß und unpopulär geworden. Es bringt nur noch Ärger und keine Impulse. „Konservativ-liberal“ sei ehrlicher, sachlicher und mehr in die Zukunftweisend als „christlich“.

Ob man dem zustimmt oder nicht hängt natürlich davon ab, wie

man unsere Gegenwart in der Nachkriegsentwicklung und angesichts unserer möglichen politischen Zukunft beurteilt. Wenn sich die CDU heute als konservativ-liberale Partei verstünde, wenn sie zu Recht oder zu Unrecht nach außen so erscheint, dann wäre dies der Ausdruck von Veränderungen, in denen das, was maßgebend bei der Gründung dieser Partei war, in seinen wesentlichen Elementen preisgegeben wäre. Die Gründer der CDU, das haben Hermann Ehlers und viele andere immer wieder ausgesprochen, hatten im Ende der Weimarer Republik, die sie miterlebt hatten, ein Ende der vom 19. Jahrhundert und von seinen Weltanschauungen bestimmten Parteien überhaupt gesehen. Was konnte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der klassische Liberalismus bedeuten,

## Aus dem Inhalt

- Um die Christlichkeit der CDU** 1
- Aus den Tagungsprogrammen der Akademien** 3
- Zur Diskussion gestellt: Von der Qualität des Lebens** 4  
Wilhelm Wübbena
- Kurz notiert** 6
- Wahlanalyse '72** 7
- Dokumentation: Jungdemokraten fordern Trennung von Kirche und Staat** 13
- Kommentar: Jungdemokraten für Staatsallmacht** 15  
Erwin Wilkens
- Spartakus und seine Bündnispartner** 16  
Gerd Langguth

in einer Zeit, in der Freiheit zunächst überhaupt wieder hergestellt, neubegründet und gesichert werden mußte? Was hieß Sozialismus, wenn in der materiellen Not ohnehin jeder seine Abhängigkeit vom anderen und sein Angewiesensein auf Leistungen der Gemeinschaft kannte? Niemand unter den damals maßgebenden westdeutschen Politikern wollte außerdem den Weltanschauungsstaat.

Man hatte ihn erlebt, und man erlebte ihn in der östlichen Hälfte Deutschlands und Europas immer noch. Und niemand wollte aus den gleichen Gründen die Weltanschauungspartei. Das deutsche Volk begann mit allen Parteien seine Politik nach dem Kriege, wie es der erste Satz des Grundgesetzes formuliert, „im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen.“

**Weltverantwortung  
oder Weltanschauung**

Das alles brachte das Eigenschaftswort „christlich“ bei der Gründung der CDU auf die denkbar kürzeste Formel. Aber auch die anderen Parteien wollten nicht mehr weltanschauliche Festungen, nicht mehr geistige Heimat sein, wie es Carlo Schmidt damals auf dem Hamburger Parteitag der SPD formulierte, sondern Instrument zur Ausübung der politischen Macht, zur Durchsetzung politischer Belange in der parlamentarischen Demokratie. Daß die CDU in ihrem Namen etwas formulierte, was alle wollten, das hat damals den leidenschaftlichen und begründeten Widerspruch gegen das „C“, gegen den Monopolanspruch des Christlichen ausgelöst. Denn in der konfessionellen Situation Westdeutschlands mußte diese Bezeichnung notwendig einen ökumenischen Klang haben. Sie gab der sich damit

benennenden Partei von vornherein eine Beziehung zum Aufbruch der ökumenischen Bewegung, an deren Gremien Deutsche, auch deutsche Politiker, zum erstenmal nach dem Kriege in einem internationalen Rahmen mitarbeiten konnten. Sie verband sich schließlich mit der Hoffnung auf eine Erneuerung der Kirchen, deren maßgebliche Rolle bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben kaum ernsthaft bestritten wurde.

Das war so bis vor etwa zehn Jahren. Seitdem ist der Stellenwert des „Christlichen“ in der Öffentlichkeit ständig zurückgegangen. Die ökumenische Bewegung verlor immer mehr an Bedeutung. Die erwartete Erneuerung der Kirchen, die erhofften Möglichkeiten eines modernen Christseins blieben aus. Das poli-

seien diese nun Theater, Feuilletons, dritte Programme, Kirchen oder auch Hochschulen gepflegt. Die politische Wirklichkeit erreichen sie selten oder nie. Diese hat es scheinbar weder mit Weltanschauung noch mit Weltverantwortung zu tun. Es wäre aber sicher eine Selbsttäuschung, wenn man glaubte, dies könnte auf die Dauer so bleiben.

**Die verpflichtenden Namen  
der Parteien**

Im Grunde weisen nämlich alle Namen von Parteien darauf hin, daß die Politik der großen leitenden Ideen bedarf. Diese Namen zwingen die Parteien geradezu, ihre Politik vor den politischen Ideen, denen sie ihre Entstehung verdanken, gegenüber den Wählern zu rechtfertigen. Eine Namensänderung würde daher gegenüber der Öffentlichkeit immer das Eingeständnis enthalten, daß entweder die Idee, aus der eine Partei entstanden ist, keine Bedeutung mehr hat, oder daß die Partei nicht mehr in der Lage ist, eine solche Idee mit politischem Leben zu erfüllen. Wenn zu einem solchen Eingeständnis heute offensichtlich keine Partei bereit ist, dann wird damit für alle die Notwendigkeit um so größer, offenzulegen, was mit ihrem Namen gemeint und was damit nicht gemeint sein soll. Diese Auseinandersetzung muß heute in allen Parteien geführt werden. Sie ist bei Sozialisten und Liberalen im Gange. Sie beginnt langsam und zögernd auch bei den Christlichen Demokraten.

Dies Zögern hat seinen guten Grund. Was das Christliche sei, war vor 25 Jahren scheinbar leichter zu sagen als heute, und manche der leichten und gelegentlich auch leichtfertigen Antworten von damals verstellen heute die notwendigen Einsichten. Aber wir sind wohl in der Zwischenzeit auch klüger geworden. Wir wissen, daß die heute zeitgemäße Antwort jenseits von einem formalen Dogmatismus wie von bloßer Sozialreligion liegen müßte. Wir wissen, daß „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ in politischen Planungen und Entscheidungen konkretisiert werden muß: auf den Feldern von Bildung

**15. Deutscher**

**Evangelischer**

**Kirchentag**

**27. Juni – 1. Juli '73**

**Düsseldorf**

tische Denken und Handeln orientierte sich nach innen wie nach außen immer mehr an bestimmten vorwiegend ökonomischen Zielvorstellungen: Wachstum, Stabilität, Vollbeschäftigung.

Man fühlte sich als Pragmatiker und klammerte die Fragen aus, die den Sinn oder die Verantwortung menschlicher Existenz betrafen. Der mißglückten Erneuerung des Christlichen folgte im Grunde der verzweifelte Versuch einer Restauration des Weltanschaulichen. Vormärzlicher Liberalismus und Klassenkampf mit akademischen Hauptdarstellern. Sozialisten und Liberale taten ihr bestes, um auf dem Teppich der politischen Wirklichkeit zu bleiben. Übrig blieb die „Mitte“ als Übereinkunft des Verschweigens menschlicher Sinnfragen. Soweit es diese gibt, werden sie in den eigens dafür vorgesehenen Subkulturen,

und Erziehung, Arbeit und Beruf, Wirtschafts- und Sozialordnung, im öffentlichen wie im privaten Bereich. Menschliche Not, wie sie die Evangelien verstehen, kann auch die Armut der Reichen sein, die nicht wissen, wohin sie gehören. Wer der Not der Menschen in den reichen Industriegesellschaften gerecht werden will, darf sich daher ihrer Suche nach Gemeinschaft und Identität nicht entziehen. Er muß die Institutionen, deren das menschliche Leben bedarf, lebens- und tragfähig erhalten, auch die Institution Kirche, allerdings nicht als deren politischer Protektor, sondern als kritischer, engagierter Partner.

Für uns alle stellt sich heute die Welt nicht mehr als etwas Anschauliches dar, sondern als ein ständiger Prozeß, in dem wir selber drinstehen und für den wir gleichwohl verantwortlich sind. Unter dieser widersprüchlichen Einsicht begreifen wir unsere menschliche und unsere politische Existenz.

Das hat bei uns nach dem Krieg dazu geführt, Politik nicht mehr als Ausdruck einer Weltanschauung, sondern einer Weltverantwortung zu betreiben. Unmittelbar fand das seinen Ausdruck in der Gründung einer Partei Christlicher Demokraten. Die Streichung des Eigenschaftswortes „Christlich“ wäre daher mehr als die Korrektur eines Image. Sie würde die Preisgabe einer Erkenntnis sein, die nicht nur für die CDU, sondern für das gesamte politische Leben der Nachkriegszeit bis heute von grundlegendender Bedeutung geblieben ist.

**Evangelische Akademie  
Rheinland  
Haus der Begegnung  
433 Mülheim,  
Uhlenhorstweg 29**

16. und 17. März 1973  
Begegnungstagung mit Vertretern des Evangelischen Arbeitskreises der CDU, Landesverband Rheinland, und der Evangelischen Kirche im Rheinland über Fragen der kirchlichen und staatlichen Planung.

Telefonische Auskunft bei dem Geschäftsführer des EAK der CDU-Rheinland, Herrn Rolf Wollziefer, 5 Köln, Georgstraße 18, Ruf (02 21) 23 56 71.

# Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

**Evangelische Akademie Arnoldshain  
6381 Arnoldshain (Taunus)**

26. bis 28. März 1973  
Tagung des Arbeitskreises  
Rehabilitation und Resozialisierung

**Evangelische Akademie Bad Boll  
7325 Bad Boll**

6. bis 8. April 1973  
Medientagung Kriminalfilm

**Evangelische Akademie Baden  
75 Karlsruhe 1, Blumenstraße 7**

6. bis 8. April 1973  
Was nützt Gott?

**Evangelische Akademie Berlin  
1 Berlin 39, Königstraße 64 b**

14. bis 15. April 1973  
Klassenloses Krankenhaus?

**Evangelische Akademie Hamburg  
2 Hamburg 36, Esplanade 15/16**

13. bis 15. April 1973  
Die Kinderfeindlichkeit  
in der Bundesrepublik

**Evangelische Akademie Hofgeismar  
352 Hofgeismar,  
Schlößchen Schönburg**

6. bis 8. April 1973  
Tätiger Ruhestand?  
Probleme der Beschäftigung  
im Alter

**Evangelische Akademie der Pfalz  
672 Speyer, Gr. Himmels-gasse 6**

28. bis 29. April 1973  
Was erwarten die Künstler von der Kirche? Erwartet die Kirche etwas von den Künstlern?

**Katholische Akademie  
der Erzdiözese Freiburg  
78 Freiburg, Wintererstraße 1**

7. April 1973  
Österliche Meditationen

**Evangelische Akademie im Saarland  
66 Saarbrücken 3,  
Brauerstraße 6—8**

2. April 1973  
200 Jahre deutsch-polnisches  
Verhältnis  
Referent: Professor Dr. Kaminski,  
Warschau

**Evangelische Akademie Tutzing  
8132 Tutzing, Schloß**

30. März bis 1. April 1973  
Zwischen Konvention  
und Aggression  
Molières „Menschenfeind“ und  
Christopher Hamptons „Menschen-  
freund“  
Theatertagung in Bamberg

**Evangelische Akademie Westfalen  
Haus Ortlohn  
586 Iserlohn, Baarstraße 59—61**

13. bis 15. April 1973  
Meditation und Stille  
Tagung mit der evangelischen  
Frauenarbeit in Westfalen

**Evangelische Akademie Rheinland  
433 Mülheim, Uhlenhorstweg 29**

28. bis 29. April 1973  
Nicht vom Brot allein  
Tagung zur Vorbereitung des Deut-  
schen Evangelischen Kirchentages  
1973 in Verbindung mit dem Amt für  
Sozialethik und Sozialpolitik der  
Evangelischen Kirche im Rheinland

Das ausführliche Programm sowie weitere Unterlagen über die Veranstaltungen der Akademien fordern Sie doch bitte direkt bei den Akademien an. Machen Sie bitte von diesem Tagungsangebot regen Gebrauch und weisen Sie auf die Vielschichtigkeit der Akademiearbeit auch innerhalb Ihres Bekannten- und Freundeskreises hin, da gerade auch die Präsenz im vopolitischen Raum von uns zu Recht erwartet wird.

# Zur Diskussion gestellt:

## Von der Qualität des Lebens

Wilhelm Wübbena

„Qualität des Lebens“ ist zum Schlagwort in der geistigen Auseinandersetzung zwischen den Parteien geworden. Dabei kann der unbefangene Bürger den Eindruck gewinnen, daß jede Seite diesen Begriff zur möglichst überzeugenden Darstellung des eigenen politischen Wollens benutzt. Es bleibt allerdings meist unklar, welche Inhalte der „Lebensqualität“ zugeschrieben werden. Dr. med. Wilhelm Wübbena versucht im folgenden Beitrag diesen Begriff anzufüllen und gegen ideologische Interpretationen abzugrenzen.

Offensichtlich besteht bei vielen Mitmenschen ein unbestimmtes und nicht genau zu definierendes Gefühl, daß unser Leben in der Tat verbesserungswürdig ist, daß bei all den Gütern, die wir haben, doch eben etwas fehlt, eben die Qualität, die Güte, daß wir im Grunde unseres Herzens unbefriedigt sind und darüber ein Unbehagen spüren, daß wir uns nicht wehren können gegen die Sucht nach Geld, Macht, Bequemlichkeit, Genuß u. ä., daß wir immer mehr und immer deutlicher merken, daß unser Gemeinwesen und unser privates Dasein sich immer mehr entfernen von dem, was wir eigentlich von ihm erwarten.

Was ist nun unter der Qualität, was unter der Verbesserung dieser Qualität unseres Lebens zu verstehen? Heißt das etwa weitere Arbeitszeitverkürzung, noch mehr Freizeit, noch mehr Geld, noch mehr Genuß, noch mehr Bequemlichkeit, noch mehr Autos und Straßen, Schulen und Kindergärten, Krankenhäuser und Altersheime? Heißt das dann noch mehr Alkohol und Rauschgifte, noch mehr Terror und Gewalttaten, noch mehr Schmutz um uns und in uns, noch

mehr Lärm und Gestank, noch mehr Unfälle und Krankheiten, noch mehr Lieblosigkeit, Kälte, noch mehr Unruhe, Streß und Hast?

### Wenn Wohltat Plage wird

Gewiß, wir wollen die Wohltaten unserer Zivilisation nicht verkennen, aber ist es nicht so, daß sie uns im Griff haben und nicht wir Herr über die Dinge bleiben? Denken wir doch an die Möglichkeiten der vollkommenen Automatisierung und Manipulierbarkeit der Menschen! Und so wird aus Wohltat Plage!

Aber heißt es da nicht angesichts dieser Gefahren, daß wir uns zurückbesinnen müssen auf Werte, die mit materiellen Dingen wenig, mit unserer geistigen Haltung aber sehr viel zu tun haben? Setzt Leben nicht Freiheit und Wagnis voraus, auch mit der Bereitschaft auf Verzicht? Ist Freiheit im persönlichen und staatlichen Bereich nicht erst dann glaubhaft darzustellen und als eines unserer höchsten Güter erstrebenswert und deutlich zu machen und zu erreichen, wenn ich selber bereit bin, dafür Opfer zu bringen, auf Dinge zu verzichten, selbstgezogene Grenzen im Umgang mit meinen Mitmenschen genau zu beachten, ihn nicht zu verletzen und ihn nur so zu behandeln, wie ich selbst behandelt werden möchte? Doch nur so können wir alle in echter Freiheit existieren und nicht in Zügellosigkeit (was so häufig mit Freiheit verwechselt wird) verfallen!

Wir lassen es zu und sprechen immer noch von der Überlegenheit unserer Kultur, wenn eine Welle

von Pornographie unser Land überflutet, wenn uns eingeredet wird von neunmalklugen Nichtwissern und überschlauen Schreiberlingen und Filmemachern, daß menschliche Liebe sich erschöpfe in perfektionierter Sexualtechnik und „höchster“ Lustgewinnung. Die Familie wird ausschließlich in Bezug auf Lust- und Profitmaximierung geplant und die Kinder, die dabei im Wege stehen, werden einfach getötet. Alle sprechen von Abtreibung, und 30 „Damen“ können sich öffentlich brüsten und Titelseiten von Illustrierten ausfüllen mit dem Bekenntnis: „Ich habe abgetrieben“. Oder wäre es bei uns denkbar, daß auf der Titelseite eines solchen Blattes 30 Mütter abgebildet würden mit der frohen Unterschrift „Ich habe mein Kind ausgetragen!“ Heute gehört mehr Mut dazu Kinder zu bekommen als abzutreiben.

### Verneinung der Autorität

Wie soll die Qualität unseres Lebens verbessert werden, wenn echte Autorität der Eltern und Älteren verneint und verhöhnt wird, wenn rechte Erziehung untergraben wird, das Alter verunglimpft und ein gemeistertes Leben nicht mehr anerkannt wird? Wie soll die Güte des Daseins verbessert werden, wenn wir ohne Widerspruch solche Verspottung wie „Opas Glaube ist tot“ u. ä. hinnehmen mit einer Rücksichtslosigkeit, die unsere Alten erst recht in Einsamkeit und Krankheit treibt?

Wie kann die Qualität unseres Lebens besser werden, wenn die Kinder an den Eltern sehen, daß nur nackte Eier und Genußsucht die Herzen bestimmt, wie können die Jugendlichen anders reagieren als sie es tun – nämlich „frustriert“ (unzufrieden) – wenn an ihnen eine Vielzahl von neuen und immer wieder neuen Lehr- und Lernmethoden ausprobiert wird?

Wie soll die Qualität unseres Lebens verbessert werden, wenn wir Gewalt verherrlichen, Mord und Totschlag verharmlosen, Sitte und Anstand verhöhnen, Rüpel und Verbrecher mit tausend Entschuldigung-

gen in Schutz nehmen, wenn es so weit kommt, daß wir hören können, nicht der Verbrecher habe Schuld, sondern seine Umwelt, die Umstände und alle möglichen Dinge?

Wie soll die Qualität unseres Lebens verbessert werden, wenn wir nicht mehr frei von Furcht eine Bank betreten dürfen, unsere Polizisten damit rechnen müssen, von rücksichtslosen Verbrechern abgeknallt zu werden und wenn ein Menschenleben keinen Wert mehr hat und nur noch seine Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit Geltung besitzt?

---

### Rückbesinnung auf echte Werte

---

Die Qualität unseres Lebens kann doch nur darin bestehen, daß wir uns zurückbesinnen auf die Werte, durch die eine Gemeinschaft von Menschen, Familien und Völkern Bestand hat und erst ermöglicht wird. Denken wir doch an das so viel geschmähte und verspottete Preußentum, dessen Schattenseiten gewiß nicht bestritten werden sollen, das aber doch einen Menschen-schlag hervorgebracht hat, den sich heute die Einsichtigen händeringend wieder herbeiwünschen, den preußischen Beamten, angefangen vom kleinen Kanzleischreiber bis hinauf zum Minister. Für ihn war Dienen und Dienendürfen eine Sache, die einem aufrechten Mann wohl anstand. Zuverlässigkeit, Sparsamkeit und Treue waren für ihn im öffentlichen Wirken wie in der persönlichen Lebensführung eine Selbstverständlichkeit. Er diente im Hause und im Amt dem Staat, d. h. dem Gemeinwohl, dem Menschen und dieses Dienen – wohlgerne das Dienen und nicht das Kriechen – wurde als ein Verhalten betrachtet, das der Menschenwürde nicht nur nicht abträglich war, sondern sie, im Gegenteil, erhöhte.

Darum sollten wir uns heute, solange noch Zeit ist, auf diese und ähnliche Werte besinnen und zurückgreifen und als Forderung erheben, Werte, die heute von den sogenannten Fortschrittsaposteln als rückständig und als Methoden der Unterdrückung des einzelnen verächtlich gemacht werden.

Wir sollten uns nicht schämen, daß wir die Familie noch immer und mehr denn je als den Hort und die Quelle des Glücks für unsere Kinder ansehen. Alle Ärzte der ganzen Welt bezeugen übereinstimmend, daß nichts, aber auch nichts den Kindern die eigene Mutter ersetzen kann, daß nicht wiedergutmachende Schäden (die wir ja heute vor Augen haben) auftreten, wenn den Kindern die Geborgenheit der Familie fehlt (bei all den Schwächen, die auch eine Familie hat).

---

## Losung des Kirchentages 1973:

„Nicht vom Brot allein“

---

Wir sollten uns nicht scheuen und uns das zu sagen nicht schämen, daß wir nicht wollen, daß das Schönste, Innigste und Intimste, was es zwischen Mann und Frau gibt, nämlich die echte Liebe, daß das auf dem billigen Jahrmarkt der Pornographie und widerlicher Blödeleien offen zur Schau getragen wird.

---

### Ehrfurcht vor jedem Leben

---

Die Güte unseres Lebens kann doch nur gebessert werden, wenn wir wieder Ehrfurcht vor dem Leben (auch dem ungeborenen!) haben und Achtung vor dem Mitmenschen. Und unser Zusammenleben ist nur möglich, wenn wir echte Toleranz üben lernen, und das heißt ja nicht,

### Evangelische Verantwortung 2-3/73

daß man alles laufen und aus Bequemlichkeit gewähren läßt, sondern daß man seine eigene Meinung immer mit einem Fragezeichen versieht, aber zu seiner echten Überzeugung auch steht, seinen Mund aufmacht, Unrecht auch Unrecht nennt und auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen wagt.

Wie sollen unsere Kinder Achtung, Ehrfurcht und wahren Respekt (wörtlich: „Rücksicht“) haben und üben, wenn wir Älteren ihnen keine Vorbilder zu sein vermögen?

So könnten noch viele Beispiele aufgezählt werden, die die Qualität unseres Lebens ausmachen und zu verbessern sind. Da muß nicht die Gesellschaft geändert werden (zu was eigentlich?), da brauchen nicht die Umstände verbessert zu werden (unserem Volk ging es noch nie so gut wie heute!), nein, nach unserer eigenen Gesinnung, Haltung und Tat ist gefragt. Und wir können die Verantwortung nicht abschieben auf andere Instanzen: Nicht auf den Staat, der so lasch in der Handhabung viel zu lascher Gesetze ist, nicht auf Gewerkschaften, die immer nur nach Lohnerhöhungen und mehr Freizeit rufen, nicht auf Kirchen, von deren Vertretern so manche auf der Woge der Anpassung mitschwimmen und nicht mehr von des Menschen Schuld zu predigen wagen, nicht auf Parteien, die nur ängstlich auf Wählerstimmen schielen und dem Voike nach dem Munde reden.

---

### Zweifelhafte Ideologien

---

Wozu sind wir nun bereit, die Qualität unseres Lebens zu bessern, und wie können wir das erreichen? Ich für mich habe da nur eine einzige Antwort: Besinnung auf die ewigen Werte in Gottes

Gebot! Je mehr wir uns von diesen ja auch uns geltenden Worten und Forderungen entfernen, desto schlechter die Qualität unseres eigenen Lebens und das unseres Volkes. Je mehr wir glauben, Gottes Gebote mißachten zu können, desto kränker und maßloser wird unsere Gesellschaft. „Irret Euch nicht, Gott läßt sich nicht spotten, denn was der Mensch sät, das wird er ernten.“

Man sollte meinen, daß unser Volk durch solche Tiefen und

schrecklichen Erfahrungen gelernt hätte aus seiner und anderer Völker Geschichte. Das Weltreich der Römer zerfiel weniger durch äußere Feinde als durch den Verfall der Sitten, durch das morsche und morbide Zerbröckeln seiner genußsüchtigen Völker: Panem et circenses, Brot und Spiele, Kraft durch Freude, das waren schon immer die Lockworte bis heute hin für ein Volk, das mit fast selbstmörderischem Eifer darauf aus ist, sich selbst zu zerstören.

So lassen Sie uns unsere Hoffnung nicht setzen auf Ideologien, mögen sie auch noch so verlockend schillern; sie vermögen die Menschen nicht frei zu machen und sie zu bessern, sondern sie knechten und versklaven den Menschen erst richtig. Wir sollten aus den Erfahrungen des (nationalen) Sozialismus vor 40 Jahren doch wirklich so viel gelernt haben, als daß wir heute auf die Sirenenklänge eines (marxistischen) Sozialismus noch hereinfliegen könnten.

## Kurz notiert

### **DKP-Mitgliedschaft von Pfarrern wird weiter diskutiert**

Über die mit der DKP-Mitgliedschaft von Pastoren zusammenhängenden Probleme sollen in der hannoverschen Landeskirche Gespräche geführt werden mit dem Ziel, „zu einer sorgfältig bedachten Urteilsfindung“ zu kommen. Wie während der Tagung der Landesynode in Altwarmbüchen bei Hannover bekannt wurde, sollen an den Gesprächen die beiden synodalen Gruppen — die „Gruppe offene Kirche in der Landessynode“ (GOK) und die „Synodale Arbeitsgemeinschaft“ (SAG) —, der Landesbischof und das Landeskirchenamt teilnehmen.

In einer ersten Besprechung der beiden synodalen Gruppen in Altwarmbüchen hat die SAG die Auffassung vertreten, daß der Beruf des Pastors „unvereinbar ist mit der Mitgliedschaft in einer politischen Vereinigung, die den Atheismus als Programm vertritt.“ Wie aus einer Erklärung weiter hervorgeht, hat auch eine überwiegende Mehrheit der GOK in der Landesynode sich „spontan in ähnlichem Sinne“ ausgesprochen, aber die Ansicht geäußert, daß diese Frage „differenzierter Erörterung“ bedürfe.

### **„Evangelikale“ in den USA sind auf dem Vormarsch**

In den letzten zehn Jahren hat der Einfluß der wissenschaftlichen Theologie auf die Kirchen in Ame-

rika spürbar abgenommen. Dabei kann man die Theologen nicht von aller Schuld freisprechen. Sie beschäftigten sich immer weniger mit theologischen Grundfragen. Dafür verzettelten sie sich entweder in ein für die Kirche kaum fruchtbares Spezialistentum oder verloren sich in einen oberflächlichen sozialen Aktivismus. So ist es nicht erstaunlich, daß die Bedeutung der großen Denominationen der Presbyterianer und Methodisten, die der wissenschaftlichen Theologie verpflichtet sind, zurückgegangen ist, während die wissenschaftsfeindlichen fundamentalistischen Kirchen immer größere Erfolge haben. Man sieht dies zum Beispiel an der Zahl der Sonntagsschüler. In den großen Denominationen hat diese in den letzten Jahren stark abgenommen. Baptisten und Pfingstgemeinden dagegen berichten von ganz anderen Erfahrungen. An manchen Orten sei der Zustrom der jungen Generation zu kirchlichen Veranstaltungen gewaltig gestiegen.

(Entnommen einem Bericht des Schweizerischen Evg. Pressedienstes)

### **Hannover gibt kein Geld für Befreiungsbewegungen**

An der Unterstützung von Befreiungsbewegungen im Rahmen des Anti-Rassismus-Programms des Weltkirchenrates ist die evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers nicht beteiligt. Das ließ Landesbischof D. Eduard Lohse in Hannover mitteilen. Anlaß für die Erklärung war, daß der Weltkirchenrat kürzlich zum dritten Male seit 1970 im Rahmen seines Anti-Rassismus-Programms 200 000 Dollar den Be-

freiungsbewegungen in Übersee zur Unterstützung humanitärer Maßnahmen zur Verfügung gestellt hatte. In der Mitteilung der Landeskirche heißt es, sie habe, wie auch andere evangelische Landeskirchen, bereits im November 1970 ausdrücklich beschlossen, sich am sogenannten „Sonderfonds“ des Weltkirchenrates nicht zu beteiligen, aus dem „politische Befreiungsbewegungen pauschal unterstützt“ würden. Der Grund für diese Zurückhaltung bestehe darin, daß nicht feststehe, ob die Gelder humanitären Zielen oder militanten Aktionen zufließen.

### **25jähriges Bestehen des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts“**

Mit einem Empfang im Hamburger Pressezentrum hat das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ kürzlich sein 25jähriges Bestehen begangen. Der Gründer und Herausgeber dieser protestantischen Wochenzeitung, der frühere Landesbischof D. Dr. Hanns Lilje, hob bei dieser Gelegenheit die Bedeutung des Blattes für das gewandelte Verständnis der Kirche von ihrem Verkündigungsauftrag hervor. Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dr. Gerhard Schröder, hob in seiner telegrafischen Glückwunschbotschaft hervor, daß die Wochenzeitung dank ihrer politischen Unabhängigkeit und ihres Bekenntnisses zum freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat zu einem wichtigen Bestandteil der publizistischen Arbeit in der Bundesrepublik geworden sei.

# Wahlanalyse '72

Aufgrund unseres Aufrufes zur Wahlanalyse '72 in der Dezember-Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ erreichten uns insgesamt mehr als 100 Zuschriften. Zwischenzeitlich haben wir allen Einsendern für ihre Mitarbeit gedankt; gleichzeitig bitten wir um Verständnis dafür, daß ein vollständiger Abdruck der einzelnen Beiträge aus Platzgründen leider nicht möglich ist.

Insgesamt gesehen hat jedoch die große Bereitschaft zur Mitarbeit gezeigt, daß viele Leser der „Evangelischen Verantwortung“ sich ernsthaft Gedanken um den weiteren Weg der Unionsparteien machen. Hierfür danken wir all jenen, die durch ihren Beitrag zum Erfolg unserer Aktion beitrugen, sehr herzlich.

Wir beginnen in dieser Ausgabe der „Evangelischen Verantwortung“ mit dem auszugsweisen Abdruck der Leserbriefe, den wir im nächsten Heft fortsetzen werden.

## Die Wankelmütigen nicht gewonnen

... Die Union wollte die Wankelmütigen gewinnen. Das gelang nicht, denn diese legen sich nach keiner Seite fest und sie wollen keinerlei Pflichten übernehmen. Sie sind also die vollendeten Egoisten. Ihre Entscheidungen treffen sie nach Tagesmeinungen.

Der SPD ist es gelungen zu überzeugen, daß sie christlichem und kirchlichem Wollen und Denken durchaus zugetan ist. Es gelang dadurch ein Einbruch in sonst sichere Unionskreise...

Ewald Asmus  
65 Mainz, Leibnizstr. 35

## Kein Gespür für die Volksmeinung

... Es ist das eindeutige Verschulden der CDU/CSU-Spitze, daß sie kein Gespür hat für die breite Volksmeinung, die bei der Wahl den Ausschlag gibt; daß sie kein Gespür hat für durchsetzbare Politik (durchzusetzen ist nur, wenn durch klare Wählerentscheidung der Auftrag gegeben wird) und daß sie letztlich – nicht nur im Wahlkampf – die geistige Auseinandersetzung mit dem Linksozialismus nicht geführt hat, sondern nur die politischen Auswirkungen angegriffen hat...

Hilmar Bauer  
1 Berlin 52, Hoefenstr. 34

## Sozialistisches Gedankengut im Vormarsch

... In der Wahl hätte man auch deutliche Worte gegen die Reden von Heinemann über Luther, Bismarck (und seine Reichsgründung), A. Dürer usw. sagen und die Überschwemmung der Schullesebücher und der Bildungsfächer (z. B. des Religionsunterrichts) mit sozialistischem Gedankengut scharf angreifen müssen.

Das kam mir in den CDU-Wahlreden über den Angriffen aufs Wirtschaftsleben der sozial-liberalen Koalition zu kurz.

Pfarrer i. R. Gustav Beierbach  
7071 Obergröningen, Pfarrhaus

## Falsch gemacht

... 1. Immer nur auf Stabilität abzuheben, nicht etwa auf die „Friedenspolitik der CDU“ und vieles andere!

2. Mit Angstmacherei erreicht man das Gegenteil.

3. Kompromisse (Moskauer Vertrag) zahlen sich nie aus.

4. Der Menschen „typ“ der CDU ist leider oft viel negativer als der der SPD.

5. Herunter vom hohen Roß!

6. Dem „C“ wieder Geltung verschaffen, mit der Tat!

7. Viel, viel fleißiger werden! Die SPD-Bundestagskandidaten z. B.

halten mindestens die doppelte Zahl von Veranstaltungen auch nach den Wahlen.

8. Solche Stellungnahmen wie die von Probst Grüber gehören in jedes Haus. Wieder mehr mit Flugblättern arbeiten anstatt mit Anzeigen. Dabei aber Fußvolk wieder mobilisieren. Wer nichts von seinen Leuten verlangt, verliert sie!

9. Wo die CDU noch am Ruder ist, beste Arbeit leisten. Angefangen vom kleinsten Dorf bis in die Länder! Barmherzig werden! Nicht: Für mich reichs noch, hinter mir die Sintflut!

10. Hauptaugenmerk: Die Jugend! Der JU mit Rat und Geld zur Seite stehen. Herausragende Junge frühzeitig aufbauen!

11. Den linken Pfarrern beider Konfessionen den Wind aus den Segeln nehmen!...

R. Berggotz  
7524 Östringen

## Basisarbeit leisten

... Der Mann, auf dem man im Rückblick auf frühere Jahre und aufgrund, daß er seine eigenen Aussagen aus früherer Zeit Lügen gestraft hat, wenig stolz sein kann, wagte es, Plakate mit den Nationalfarben und der Inschrift: „Deutsche, wir können stolz sein!“ aufzustellen.

# Wahlanalyse '72

len. Die CDU wagte kaum das Wort „deutsch“ anzubringen!

Die CDU hat das versäumt, was die SPD systematisch getan hat: Basisgruppen zu bilden. Das kann heute nur sehr schwer nachgeholt werden, denn die Jugend ist durch die Schule und durch die Massenmedien weithin gegen die CDU orientiert...

K. E. Berron  
7024 Bernhausen, Talstr. 42

## Nicht nur Stabilität

... In Unterhaltungen mit Arbeitnehmern meiner Dienststelle wurde mir entgegnet: Was will die CDU für uns machen, das ist doch eine reine Akademiker-Partei, die für den kleinen Mann nichts übrig hat (siehe die Inserate der Wirtschafts-bosse). Deshalb hat die CDU einen Großteil der Jugend nicht angesprochen und einen nicht unerheblichen Teil der katholischen Arbeitnehmerschaft verloren.

Die Wahlaussage der CDU lag auf Stabilität. So wichtig wie Stabilität auch sein mag, so wenig wurde die Wichtigkeit einer Stabilität vom Wähler aufgenommen, da genügend Geld in der Hand der Wähler war und ein Lebensstandardabfall nicht wahrgenommen wurde. Wichtiger wäre gewesen, nachdem sechs Abgeordnete wegen der Ostpolitik ihre Parteien verlassen hatten, die Unproduktivität der Ostverträge usw. herauszustellen, die Grundgesetz-widrigkeit zu betonen und die vor-auszusehenden Konsequenzen deutlich zu machen...

Horst Bonke  
54 Koblenz-Pfaffendorf  
Lüderitzstr. 35

## FDP richtig einschätzen

... Wir haben die FDP zu wenig ernst genommen und ihre Anziehungskraft für den bürgerlichen Mittelstand weit unterschätzt, den Stand also, der heute ohne Welt-

anschauung lebt, die Entscheidung nicht liebt und sich für intelligent und kritisch hält.

Wir haben jahrelang die FDP als „Umfallpartei“ charakterisiert, die SPD hatte diesen Ball geschickt aufgenommen, wenn sie pointiert von „Überläufern“ sprach. Sie fand ein gewohntes Ohr!

Wenn Mandatsträger ihre Partei verlassen, so ist dies eine voll zu respektierende Gewissenssache, doch mußte man sie unbedingt in die Partei aufnehmen? Hätte nicht der Status des Hospitanten genügt, um der CDU willen sicher.

Den heute so unpopulären Germanen wird in der Edda gesagt: Niemand verbünde sich mit dem Freund seines Feindes!

Das Bild der FDP: Die Vertreter erscheinen soigniert, gemäßigt und auf Ausgleich bedacht, also wählte man FDP, um mitzusiegen und zu bremsen.

So bestimmt die kleinste Partei im Bundestag überproportional die deutsche Politik.

Die Beziehungen zur evangelischen Kirche wurden zu wenig gepflegt, die Bedeutung des Evangelischen Arbeitskreises zu spät erkannt.

Gerade in den evangelischen Kreisen hat sich die Tatsache verhängnisvoll ausgewirkt, daß die CDU zu lange Jahre rein pragmatisch taktiert hat und die theoretische Auseinandersetzung vernachlässigte in der Fragestellung des Eigenverständnisses: Was ist die CDU, warum gehöre ich gerade ihr an, warum wähle ich sie und nicht die SPD?

Die CDU verlor an Profil und machte sich austauschbar mit der SPD auch für engagierte Christen.

Das „C“ als Denkansatz und menschliche Verpflichtung war in den letzten Jahren immer undeutlicher geworden.

Das „C“ muß klar humanisiert werden gegenüber dem „M“ und dem „L“, dem Marxismus und dem Leninismus...

Vorstand des OV Hüttertort  
CDU-Kreisverband Lünebeck

## Falsch und richtig

... Aus meiner Sicht falsch: Ostverträge, klares Nein wäre als Alternative erforderlich gewesen.

Aktion Schiller/Erhard zu durchsichtig, kam beim Kollegen bei mir

im Betrieb nicht an – wurde als Aktion der Großindustrie vom Arbeitnehmer abgelehnt.

Anzeigen der Wählerinitiativen zu großkotzig – da jeder Arbeitnehmer die Anzeigenpreise der Presse kennt, klar ersichtlich, daß Fremdgeld von Interessenten dahintersteckt.

CDU-Wahlschallplatte – letzter Dreck, flach und witzlos. Vorderseite von der Melodie und dem Slogan noch „3“ – Rückseite einfach nicht zu verantworten.

Aussage was nach der Wahl geschieht (wenn man sie gewinnt) zu unbestimmt – die SPD trat mit dem Konzept an, wir machen in Ostfriesland weiter – die CDU hat nichts gesagt, wie die Inflation gestoppt werden soll. Es fehlte ein Regierungsprogramm, das knapp und einleuchtend ist.

Aus meiner Sicht gut:

Einsatz der Prominenz auch auf dem letzten Kuhkaff.

Barzel in seiner Besonnenheit und Souveränität.

Wahlplaketten in den Schulen (zum Anstecken).

Autoaufkleber...

Robin v. Dolgow  
62 Wiesbaden, Eckernfördestr. 3

## Clevere Jusos

... Geradezu hilflos war man in punkto Generalvertrag auf seiten der CDU. Man wußte doch, was da auf einen zukommt. Und war dann doch nicht gewappnet, als es so weit war. Darf man das eigentlich entschuldigen?

Auch bei Diskussionen waren die Vertreter der SPD und der Jusos cleverer, geschulter, konsequenter, so weit ich das verfolgen konnte. Vor allem haben die SPD und die Jusos Leute gehabt, die geschickt ihre Information weitergaben, das gilt vor allem im Blick auf die Jugendlichen. Die unterschwellige Propaganda und die Propaganda von Mund zu Mund war dort wesentlich besser. Man spürte eine ordnende Hand. Die meisten Lehrer stehen der SPD oder der FDP nahe oder sind Militante in diesen Parteien, diese haben stark den Wahlkampf in die Klassen der Schüler getragen. Das hat seine Wirkung – auch für später – nicht verfehlt...

Pfarrer Michael Ertz  
7519 Eppingen, Kaiserstr. 3

## Werbung von Mensch zu Mensch

... Wie Gerd Langguth eindringlich erklärt, hätte ein allgemeinchristlicher Arbeitskreis für eine neue Gesamt-Orientierung zu sorgen, welche die Union glaubwürdiger macht und zugleich die einzig taugliche Alternative gegenüber sozialistisch-kommunistischen Ideologien darstellt!

Doch darf auch die äußere Vermittlung nicht übersehen werden! Anfangs der 60er Jahre wurde bei uns in mehreren Ortsgruppen Wert darauf gelegt, alle Mitglieder (etwa zusammen mit dem Beitrags-Einzug) möglichst regelmäßig persönlich zu besuchen. Zumal zahlreiche Mitglieder nicht an den abendlichen Versammlungen teilnehmen können! — Einesteils wurde solcher Besuchsdienst sehr begrüßt, andererseits jedoch wieder für unnötig erklärt mit der Begründung: Die große Wahlpropaganda mit ihren Versammlungen, Inseraten, Plakaten wird schon alles erfassen! — Aber wird nicht bei manchen radikalen Richtungen besonderer Wert auf die Werbung von Mensch zu Mensch gelegt? ...

Eugen Fabricius  
69 Heidelberg, Landfriedstr. 20

## Trend zum Materialismus

... Immer mehr Menschen verlieren die Achtung vor irgendwelchen Idealen oder geistigen Grundlagen und denken nur an „ihren Bauch“!

Nur derjenige, der den Menschen mehr Freizeit, mehr Lohn, mehr Befreiung von Befehlen und Arbeitszwang verspricht, wird in Zukunft die Stimme der Mehrheit bekommen.

Wenn dieser Trend so weitergeht wie er in den letzten Bundestagswahlen eingetreten ist (jede Wahl + 3,5% für die SPD), wird die SPD 1976 ohne die FDP die absolute Mehrheit bekommen.

Die Folge: Die CDU muß ein Programm entwickeln, welches dem arbeitenden Menschen klar vor Augen führt, daß ein System kommunistischer Gleichmacherei für keinen Menschen Glück und das bringt, was oben angedeutet ist ...

Friedrich-Wilhelm Geibler  
285 Bremerhaven-G., Dürerstr. 3

## Gegenutopie fehlt

... Die Rollen im Wahlkampf waren zum Teil thematisch vertauscht, bezogen auf das Bild, das eine Partei von sich selbst hat: Das christliche „Üben der Barmherzigkeit“ kam aus sozialdemokratischem Munde. In den Augen des Wählers bedeutet dies: Christliches Gedankengut ist genausogut, wenn nicht besser, bei der SPD aufgehoben, während die CDU die zwar lästigen, aber nicht existentiellen Geldsorgen in den Vordergrund schiebt und dabei — immer nach der Meinung „des“ Wählers — wohl mehr die Sorgen wirtschaftlicher Kreise meint als meine eigenen. Beweis: Die Wirtschaftsanzeigen zugunsten der CDU.

Im Gegensatz zur SPD-Werbung besaß die CDU-Wahlkampagne keine Steigerungsmöglichkeit. Dies hängt wiederum mit dem zu partiellen Themenkreis zusammen, dem Fehlen einer „Gegenutopie“ ...

Jürgen Gödan  
2 Hamburg 61  
König-Heinrich-Weg 17

## Zu wenig Mut

... 1. Ein großer Teil unserer Mitglieder sind ideologisch zu wenig geschult und können deshalb auf der Straße, in den Büros, in den Fabriken und auch am Biertisch nicht die durchschlagenden Diskussionen führen.

2. CDU und CSU haben es oft an den nötigen Gemeinsamkeiten fehlen lassen und haben das Ziehen an einem Strang nicht genug herausgestellt.

3. Dr. Barzel hat die breiten Massen, besonders die nicht denkenden, zu wenig angesprochen.

4. Es wurde zu wenig allgemein verständliche Propaganda gemacht.

5. Bei den CSU-Mitgliedern und Anhängern fehlte es auch oft an Mut, eine Haus-zu-Haus-Propaganda durch Diskussionen durchzuführen. Darunter fällt ebenso das Zeigen der Plakate, Anstecknadeln an Fenstern, Autos und Kleidung. Überall sah man nur Willy, Willy und nochmals Willy.

6. Von den Abgeordneten (Bundes- und Landtag) bis herunter zu den Stadträten wurde teilweise zu wenig für die CDU/CSU-Ideen gekämpft.

## Wahlanalyse '72

7. Ganz besonders auffallend war noch, daß die Jugend, also die Jungwähler, von unserer Seite viel zu wenig angesprochen wurden, deshalb gerade hier das außerordentlich schlechte Wahlergebnis ...

Alfred Göss  
8510 Fürth-Burgfarnbach  
Wickenstraße 96

## Die Frauen verloren

... Auch die Frau in ihrer Vielseitigkeit wurde nicht so angesprochen, wie es sein sollte. Die Bildungspolitik in ihrer Mitsorge mit den Erziehern kam nicht klar zum Ausdruck, während die Modelle von seiten der FDP und SPD viel mehr um die zukünftige Sorge für die berufstätigen Frauen getragen waren (Tagesstätten, Gesamtschule usw.).

Was der CDU auch geschadet hat, das ist die Klischeevorstellung einer „Arbeitgeberpartei“. Die CDU müßte das Instrument einer neuen Volksbewegung werden. Späth spricht daher von einem Netz von Sozialstationen, Sozialausschüssen, von dynamischen Basisgruppen, von sozialer Öffentlichkeitsarbeit, die überall, d. h. in allen Schichten geleistet werden müssen ...

Dr. Dorothea Hegele  
7 Stuttgart-W., Reinsburgstr. 145

## Schaden durch Mißtrauensvotum

... 1. Ein ganz entscheidender Fehler — der sich m. E. nur aus der Nervosität im Zusammenhang mit den Ostverträgen erklären läßt — war das gescheiterte Mißtrauensvotum nach der baden-württembergischen Landtagswahl.

Dieses Mißtrauensvotum war von Anfang an mehr als fraglich, was das Gelingen betrifft und das Risiko des Scheiterns — mit seinem für

die nächste Wahl auf jeden Fall ungünstigen Aspekt! — hätte man besser einkalkulieren müssen. Es erweckte so den Eindruck, als könne man nicht warten bis zu der ohnehin sich abzeichnenden vorzeitigen Wahl!

2. Die Wahlwerbung von der CDU aus — vor allem mit Plakaten! — war schlecht und ausgesprochen nachlässig! Ich habe die Zuständigen hier darauf aufmerksam gemacht, aber es geschah nichts: Man sah fast überall nur SPD-Plakate und — im geringeren Umfang — die von der FDP. Dennoch wurde in unserem Ort ca. 57% CDU und nur ca. 32% SPD gewählt. Ob die Wahlwerbung überall so schlecht war, vermag ich nicht zu beurteilen, ich nehme es aber an, auch nach den Eindrücken aus Stuttgart!...

Pfarrer Herbert Heiß-Hasala  
7121 Mundelsheim

## Klare Stellungnahme besser

...Weiter ist das nicht gerade sehr überzeugende Reagieren der CDU gegenüber der Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung zu betonen. Eine klare negative Stellungnahme dazu war am ehesten von der CSU und Vertriebenenpolitikern zu erfahren. Vielleicht hätte eine Persönlichkeit wie Baron zu Guttenberg die Stimmenthaltung im Bundestag, welche in hohem Maße — ob zu Recht oder zu Unrecht — als schwaches Ausweichen aufgefaßt wurde, verhindern können. Im Wahlkampf beschränkte sich die CDU fast ausschließlich auf wirtschaftspolitische Auseinandersetzung — im weitesten Sinne, und das angesichts offenkundigen durch Preissteigerungen wenig beeinflussten allgemeinen Wohlstandes!...

Pfarrer Ulrich Herkenrath  
56 Wuppertal, Sophienstr. 3a

## Anregungen für die Zukunft

...Kritik hilft nicht, wenn sie keine möglichen Verbesserungen nennt. M. E. gehören dazu:

Regelmäßige (etwa vierteljährlich) Zusammenkünfte der CDU-Mitglieder in den einzelnen Orten mit dem Ziel, den Kreis der Interessierten außerhalb des Mitgliederbestandes anzusprechen. Ohne intensive Arbeit vor Ort kann nicht mit Zuwachs gerechnet werden.

Zur Aufbauarbeit von unten her muß die CDU eine gründliche Referentenausbildung betreiben. Gesprächsrunden mit der Wählerschaft haben nur Erfolg, wenn handfeste Unterrichtung getrieben wird, mit deren Hilfe von Mund zu Mund weitergearbeitet werden kann.

Die laufende Herausgabe von höchstens vierseitigen Verteilblättern ist nötig. Sie sollten jeweils zu einem Thema die Ansicht der CDU klarstellen. Solche Blätter könnten eine gute Ausgangslage für weitere Gespräche im Kreis der Endverbraucher bieten.

Für die Öffentlichkeit sind regelmäßige Kreisparteitage o. ä. mit einem sachkundigen Redner und anschließender Aussprache notwendig. Hiermit können neue Wählerkreise erschlossen werden.

In Zukunft wird vordringlich eine klare und sachlich fundierte Auseinandersetzung mit dem marxistischen Sozialismus aller Arten erforderlich sein. Wenn das „C“ im Namen der Partei von Bedeutung ist, so muß das hier so zum Ausdruck kommen, daß der Bürger den Entscheidungscharakter in diesen Fragen erkennt.

Fragen des Menschenbildes, des Umgangs mit Eigentum und Geld, der Grundstrukturen von Gesellschaftsformen unter Christen in Familie, Beruf, Gesellschaft usw. sollten so behandelt werden, daß die Polarität zu jedweder marxistischen Ideologie deutlich wird. Von hier ergibt sich auch die zwingende Notwendigkeit, langfristig zu arbeiten, da von der Entwicklung eines politischen Bewußtseins bis zur Willensbildung und daraus folgender Wirkungsbreite ein langer Weg zu beschreiten ist...

Rudolf Herrfahrt  
3 Hannover-Kirchrode  
Elisabethstr. 3

## Fair, sachlich, objektiv

Die CDU als einzige Partei mit christlichen Vorzeichen dürfte sich auch im Wahlkampf von keiner anderen Partei an Fairness, an Sachlichkeit und Objektivität überreffen lassen. Ich bin nicht der Meinung, daß ein harter Wahlkampf die Fairness erübrigt. Der Wähler registriert sehr kritisch, wie sich die Wahlkampfstrategen benehmen. Die Lautstärke allein und der Aufwand an Plakaten und Inseraten können nicht überzeugen. Man kann und soll einen Wahlkampf nicht nur mit Schwerpunkt gegen den politischen Gegner, sondern für die eigene Sache mit eigenen, überzeugenden Argumenten führen. Dies scheint mir nicht immer beachtet worden zu sein. Dabei braucht man die Auseinandersetzung mit dem Gegner nicht auszuklammern. Aber es kommt sehr darauf an, wie dies geschieht, und ob dabei neben dem Intellekt auch der Charakter beteiligt ist. Wir sollten wissen, daß man an uns als Christen strengere Maßstäbe anlegt als an andere. — Das Gespann Brandt/Scheel hatte eine größere Ausstrahlungskraft als das Gespann Barzel/Strauß. An dieser Tatsache war allerdings nichts zu ändern.

Hans Hermann  
7902 Blaubeuren, Ulmer Str. 37

## Immer die gleichen Köpfe

...Man hätte sich gewünscht, daß Herren wie Dr. v. Weizsäcker, Dr. Schröder, Prof. Dr. Carstens, Leisler Kiep, v. Bismarck und auch Blumenfeld etwa, in der Wahlpropaganda sichtbarer im Vordergrund gestanden hätten.

...die Photopropaganda geradezu abstoßend. Das war zu dick aufgetragene „Unterstützung“, immer in gleichem Riesenformat die bekannten Köpfe... Kein Einfallsreichtum, trotz guter Absicht...

Ada Hoffmann  
1 Berlin 37, Schlettstadter Str. 62

## Nicht nur Stammtischarbeit

...Es ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen auf den desolaten Zustand manches Ortsverbandes. Nicht selten artet die politische Arbeit zu Stammtisch-Sinnieren aus, ja, beschränkt sich hierauf. Orts-

verbände, die sich mit Wissen übergeordneter Parteiorgane durch Satzungenwidrigkeiten in einem circulus vitiosus befinden, sind nicht Ausgeburten einer übelwollenden Phantasia — sie vegetieren in der CDU! Hier sind meines Erachtens Überlegungen dazu nötig, wie die Parteimitglieder an der Basis organisatorisch besser integriert und durch politische Bildungsarbeit in die politischen Entscheidungsprozesse mit hineingenommen werden können ...

Manfred Holtze  
65 Mainz, Am Jugendwerk 1

## Ehrlichkeit muß zählen

... Oft habe ich vor der Wahl von Bürgern gehört, wie Dr. Barzel als wenigstens „ehrlich“ beurteilt wurde gegenüber der Darstellungsweise W. Brandt in seinen Reden. Hat man Dr. Barzel Unrecht getan, indem einer dem anderen nachredete, er sei nicht der richtige Mann? Er muß ja noch lernen. Und wo ist ein Geeigneterer im Nachwuchs? Das Amt eines Kanzlerkandidaten ist wahrscheinlich ein schwieriges. Viele glauben mit mir herausgefunden zu haben, daß unser Volk hier in seiner derzeitigen Situation keinen weichen und schwachen Mann gebrauchen kann. Es muß sich daran gewöhnen, nicht mit Samthandschuhen angefaßt zu werden, die seinem Nutzen nicht dienen würden ...

Grete Hopfe  
5657 Haan, Friedensheim

## Absage an das Christentum

... Unser Volk will gar nicht mehr christlich regiert werden. Das „C“ ist für die junge Generation (leider!) ein Spottwort geworden, hinter dem sie nur noch abgelebte Tradition = Reaktion = Klerikalismus vermutet. Ich habe viele Gespräche mit akademischer Jugend hier geführt! Diese Jugend lebt heute (leider!) völlig geschichtsfremd, daher auch kirchenfremd, nur dem Alltag hingegeben mit Essen, Trinken, Sport, Liebe, Freizeit und vollem Geldsack. Alles andere ist ihr gleichgültig. Bismarck-Reich? Gewesen. Das ist das Furchtbare, daß die akademische Jugend, vom Links-

drall besessen, die Kontinuität der gesamtdeutschen Geschichte und Kultur verloren hat ...

Pfarrer Wilhelm Horkel  
8 München 2  
Herzog-Wilhelm-Str. 24

## Jugend wird manipuliert

... Meines Erachtens wirkte sich die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre nachteilig, wenn nicht verhängnisvoll, auf das Wahlergebnis aus, was jedoch niemals der Union anzulasten ist. Möglicherweise liegt das an der ganzen Zeitströmung. Jungwähler, auch mit 21 Jahren, verfügen weder über geschichtliche Erfahrungen, noch besitzen sie gründliche Fachkenntnisse, welche allein zu einer Kritik berechtigen. Sie sind deshalb auch leicht manipulierbar, und davon haben die Koalitionspartner ja reichlich Gebrauch gemacht. Schon 1969 bahnte sich die Gefahr an mit dem Zusammenschluß der FDP mit der SPD. Heute scheint es bei Herrn Scheel allmählich hell zu werden und er besinnt sich jetzt der Aufgabe einer „liberalen Partei“ ...

Johanna Hotz-Stammerger  
85 Nürnberg-W., Roonstr. 15

## Kritik an der Basis gewünscht

... Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt zu spät, so daß nicht die Frage auftaucht, wer ist der Beste.

Auch wenn es unpopulär ist, muß immer wieder betont werden, daß für besondere Aufgaben Mittelmaß allein nicht genügt. (Ein Fehler, den man immer wieder bei der Aufstellung von Stadtfractionen erlebt, die nach einer Wahl dann nicht wissen, wer einen Ausschuß übernehmen soll.)

Neuaufnahmen beklagen sich über zu geringen Einsatz, sie wollen mitarbeiten. Unbequeme Mitglieder, die aber politisch etwas zu sagen haben, sollten gepflegt und nicht fertig gemacht werden.

Die Vereinigungen auf Ortsebene sollten ihr Gettodasein aufgeben. Sie gehören in den Ortsverband und müssen sich da zusammenraufen. Schlecht ist und bleibt, wenn Vereinigungen bei Delegiertenwahlen, dies nur als Beispiel, Listen

mit den nach ihrer Meinung zu Wählenden herumreichen, die dann kritiklos bei der Abstimmung abgeschrieben werden ...

Dr. K. R. Jacobi  
437 Marl, Uckermarkstr. 15

## Nicht nur Opposition

... Es wäre vielleicht gut gewesen, das Bemühen Brandts und Scheels erst anzuerkennen, da sie sich das Herz vieler erobert hatten (auch CDU-Wähler) und dann aber doch, ohne zu verletzen oder Vorwürfe zu machen, die großen Gefahren deutlich zu machen. Das Volk hätte dann nicht das Gefühl gehabt, es sei nur Widerstand aus Opposition. Ich bin öfter gefragt worden: „Sind das nicht feine Menschen, die wollen doch das Beste, die geben sich alle Mühe!“ ...

Schwester Julie Jung  
41 Duisburg 12, Walzstr. 21

## Begradigung der Grundsätze

... Die Zeit, wo eine Partei mit einem einigermaßen ernst gemeinten „C“ die Mehrheit erwarten kann, ist vorbei. (Es sei denn, die politischen Gegner machten horrende Schnitzer und die CDU/CSU gliche sich dem Niveau des Zeitgeistes vollends an.)

Rebus sic st. erscheint es uns als kühne, zu große Erwartung auf Einsicht und Bescheidung und allerlei Verzicht, aber als nüchterne und gehorsame und darum verheißungsvolle Analyse und Therapie: Die CDU/CSU soll auf Gefahr des Verlusts weiterer Machtpositionen eine Begradigung sich auferlegen, die ihr um so mehr geistiges und moralisches Gewicht und Profil und jene Effektivität gäbe, die zum Segen ist ...

Pfarrer Theodor Klenk  
7141 Prevorst

# Wahlanalyse '72

## Offen sein für die Probleme

... Der entscheidende Fehler der CDU ist jedoch wohl darin zu sehen, daß sie es nicht verstanden hat, die Jugend für sich zu gewinnen. Sie muß mehr dafür tun, daß nicht Sozialismus und Fortschritt auf der einen und konservative Haltung und Rückschritt auf der anderen Seite jeweils als Zwillingbrüder angesehen werden. Das hat nichts damit zu tun, daß die Sozialisten in ihrer „Fortschrittlichkeit“ womöglich noch links überholt werden sollen, sondern die CDU muß offen sein für die Probleme der nächsten Generation und sie heute schon glaubhaft anpacken — dann aber auch die Lösungen, die sie anzubieten hat, selbstbewußt darstellen ...

Dietrich Kuhlmann  
3 Hannover-Badenstedt  
Eichenfeldstr. 50

## Keine glaubhaften Ideale

... Für die Jugend bot die Union keine Anreize einer echten Alternative. Mit den Schlagworten „Inflation, Stabilität, Fortschritt“ u. a. ist niemand hinter dem Ofen vorzuelocken! Vor allem nicht die Jugend, die geistige Kost suchte und bei der SPD fand. Willy Brandt war es doch, nicht Herr Barzel, der von Barmherzigkeit und Nächstenliebe sprach, Vokabeln, die eigentlich bei der Union zu suchen gewesen wären. Der Jugend wurden keine glaubhaften Ideale als erstrebenswerte Ziele geboten, in Abgrenzung und als Alternative zu Sozialismus und Kommunismus. Die Möglichkeiten einer von Christen geprägten Politik wurden nicht in die Debatte geworfen: Gerechtigkeit gegen jedermann, Schutz für die Schwachen, Bau eines vereinigten christlichen Europa usw. ...

Helmut Lamprecht  
7919 Kellmünz, Haldenweg 10

## Entscheidende Witterungsumschläge

... 1. Nicht das Programm der Union unterlag, sondern die Kandidaten.

2. Die charmante Eloquenz von Scheel und das staatsmännisch-väterliche, überlegen-bescheidene und Optimismus weckende Gehabe von Brandt haben die Mängel und Fehlleistungen ihrer Politik überspielt und ihnen am Ende auch noch Fairneß-Stimmen derer eingebracht, denen die im Parlament an die Wand gedrückten leid taten.

3. Dazu kamen schwer kalkulierbare Witterungsumschläge: Schien es zunächst so, daß bei den finanziell-wirtschaftlich begründeten Personalverlusten der Regierung die Inflationsangst ein wirksames Argument sei, so konnten die Alternativen nicht deutlich genug profiliert werden, und das Schielen nach dem starken Finanzminister Strauß trat zurück hinter der oberflächlichen Zustimmung zu der Regierungssparole: Uns gehts ja noch gut, ja besser als früher und besser als ändern. Das geschickt terminierte Grundvertragstheater aber konnte man nicht mit der Auskunft parieren, das müsse noch geprüft werden. Diese Auskunft weckte unangenehme Erinnerungen an das Jein zu den Ostverträgen ...

Walter Lotz  
355 Marburg, Georg-Voigt-Str. 89

## Zu hohe Sprache

... Ich meine, daß unsere Partei auf eine zu hohe Sprache und Begrifflichkeit verzichten müßte, die das einfache und gebildete Volk gar nicht wirklich versteht, sondern in klaren und verständlichen Beispielen dartun sollte, was, um nur einiges zu nennen, im engeren, alltäglichen Leben Sozialismus und soziale Marktwirtschaft, christlicher Religionsunterricht oder eine (cf. Programm der Judos) völlige Trennung von Kirche und Staat oder Dienst der christlichen Kirche am und für den Staat ist und bedeutet. Also mehr Information in praktischer, verständlicher Form! Das Parteiprogramm ist viel zu wenig bekannt! Woher bekommt man es? ...

Pfarrer i. R. Friedrich Loy  
8031 Gröbenzell, Bussardstr. 100

## Konsequenzen ziehen

... 1. Hören Sie auf mit dem Personalgerangel um die Person des Kanzlerkandidaten, den nicht wir, sondern Sie gewählt haben.

2. Machen Sie deutlich, daß die CDU kein Anhängsel der CSU, sondern eine eigenständige Partei mit eigenem Programm ist.

3. Verkaufen Sie nachdenkliche Wähler nicht für dumm, wie anläßlich der Begründung zur Stimmenthaltung bei den Ostverträgen.

4. Suchen Sie ein besseres Verhältnis zur FDP zu gewinnen, um

5. mit dieser zusammen 1976 die SPD auf die Oppositionsbank zu schicken ...

Ingeborg von Mackensen  
586 Iserlohn, Baarstr. 59/61

## Taktik allein reicht nicht aus

... Die CDU hat es nämlich versäumt, einerseits die freiheitsgefährdenden Bestrebungen der Gegenseite schonungslos aufzudecken und andererseits sich selbst als Wahrerin der Freiheit darzustellen. Nicht zuletzt deshalb ist einem großen Teil der Wählerschaft nicht recht klar geworden, worum es bei dieser Wahl ging: Um die Fortdauer unserer inneren und äußeren Freiheit!

Ohne die Wähler gering zu schätzen, muß man freilich einräumen, daß es sehr schwer war und weiterhin schwierig bleiben wird, sie zu adäquater Einschätzung der politischen Situation zu veranlassen; auf Vermittlung durch die Massenmedien angewiesen, vermag der Wähler die für die Situation konstitutiven Phänomene kaum zu erfassen. Um so mehr wäre es Aufgabe unserer Wahlpropaganda gewesen, und wird es die Aufgabe künftiger Verlautbarungen der CDU sein, den Bürgern der Bundesrepublik diese Phänomene vor Augen zu führen. Die Kritik ephemerer Mißgriffe der Gegenseite indes wirkt kleinlich und deshalb nicht überzeugend: Mit Taktik allein wird kein Gefecht gewonnen! ...

Dr. G. Meinck  
58 Hagen, Blumenstr. 17

Fortsetzung in der April-Ausgabe der Evangelischen Verantwortung

## Dokumentation:

# Forderungen der Jungdemokraten zum Verhältnis von Kirche und Staat

Die Leser der „Evangelischen Verantwortung“ umfassend zu informieren, sieht der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU als seine vorrangige Aufgabe an. Die Jungdemokraten als politische Jugendorganisation – im allgemeinen der FDP (noch) nahestehend – beschlossen auf ihrer diesjährigen Bundesdelegiertenkonferenz „Thesen zur Trennung von Kirche und Staat“, die wir nachfolgend im Wortlaut veröffentlichen. Des weiteren bringen wir im Anschluß daran eine Stellungnahme zu diesen Thesen, die Oberkirchenrat Erwin Wilkens von der Kirchenkanzlei der EKD, Hannover, verfaßte und die zeigt, welchen konfuse Ideen die Jungdemokraten anhängen.

## Wortlaut der Thesen

### 1. Christentum und Liberalismus

Liberaler Politik hat zum Ziel die Verwirklichung des in der jeweiligen materiell-historischen Situation möglichen Maßes an Freiheit für die größtmögliche Zahl von Menschen. In ihrem Verhältnis zur Religion ist es daher für Liberale selbstverständlich, daß sie die Überzeugung jedes einzelnen achten und die Freiheit der Lebensgestaltung nach dieser Überzeugung zu sichern bemüht sind. Für Liberale ist es jedoch ebenso selbstverständlich, daß sich jede weltanschauliche Gruppe, also auch die christlichen Kirchen, in einer pluralistischen Gesellschaft der gleichberechtigten Konkurrenz mit allen anderen weltanschaulichen Richtungen stellen muß und sich

dieser Auseinandersetzung nicht mit Hilfe von staatlich gewährten Privilegien entziehen kann. Dies gilt insbesondere dann, wenn Organisationen und Verbände auf weltanschaulicher Grundlage versuchen, Staat und Gesellschaft nach ihren Grundsätzen mitzugestalten. Diesen Anspruch erhebt das Christentum in Form der Kirchen, der kirchlichen Verbände und der christlichen Parteien.

Liberaler Politik richtet sich gegen den Mißbrauch der weltlichen Macht zur Durchsetzung von kirchlichen Angelegenheiten (z. B. durch den staatlichen Kirchensteuereinzug) und den mißbräuchlichen Einsatz der kirchlichen Autorität in öffentlich-politischen Belangen (z. B. durch Militäregeistliche). Nach Ansicht der Deutschen Jungdemokraten ergibt sich aus den Prinzipien des liberalen, demokratischen und weltanschaulich neutralen Rechtsstaates die Forderung nach konsequenter Trennung von Kirche und Staat.

Die Jungdemokraten wissen sich bei diesen Bemühungen in Übereinstimmung mit wesentlichen Teilen der progressiven Christen. Es ist für sie – bei der klaren Anerkennung aller unterschiedlichen Positionen – selbstverständlich, daß sie bei dem Versuch der demokratischen Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zur Zusammenarbeit mit diesen progressiven Christen bereit sind wie etwa mit anderen Verbänden.

Liberalismus ist aufklärerisch-rational. Er geht davon aus, daß menschliche Erkenntnis prinzipiell

unvollständig und fehlerhaft ist und sieht den Prozeß menschlicher Erkenntnis prinzipiell als un abgeschlossen und unabschließbar an. Religion ist demgegenüber dadurch gekennzeichnet, daß sie sich im Besitz letzter Wahrheiten glaubt und ist daher irrational. Liberalismus und Religion befinden sich somit in einem grundsätzlichen erkenntnistheoretischen Konflikt. Liberalismus wendet sich gegen diese Ableitung menschlichen Handelns aus dogmatischen Wertsystemen, die den totalen Anspruch auf letzte Wahrheiten erheben und setzt sich ideologiekritisch mit den Zielen, Inhalten und Forderungen des Christentums auseinander. Dabei haben die Liberalen die Aufgabe, den Beitrag des Christentums zur gesamtgesellschaftlichen Emanzipation zu hinterfragen sowie die ideologiebindende und herrschaftsstabilisierende Funktion der Kirchen unter den Bedingungen des Spätkapitalismus bewußt zu machen.

Liberaler Politik hat durch rationale Aufklärung der Bevölkerung das Instrumentarium zur ideologiekritischen Auseinandersetzung mit Anspruch und Verwirklichung des Christentums bereitzustellen und zur rationalen Bewältigung des Verhältnisses von Gesellschaft und Religion beizutragen. Die Liberalen haben dabei keinerlei Anlaß, sich mit dem Christentum nicht ebenso kritisch auseinanderzusetzen wie etwa mit Nationalisten, Konservativen, Sozialisten, Kommunisten usw. und können daher das in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Tabu nicht beachten.

### 2. Forderungen der Jungdemokraten

#### 1. Im Bereich des öffentlichen Rechts

1. Die Kirchen sind von öffentlich-rechtlichen Körperschaften in

privatrechtliche Institutionen umzuwandeln und den allgemeingültigen vereinsrechtlichen Bestimmungen zu unterwerfen. Die Möglichkeit, Mitglied in Kirchen zu werden, ist an das Erreichen der Religionsmündigkeit zu knüpfen.

2. Das staatliche Kirchensteuer-einzugsverfahren ist zu beseitigen, da es nach Ansicht der Deutschen Jungdemokraten mit dem Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat nicht zu vereinbaren ist.

3. Die Kirchenverträge und Konkordate sind aufzukündigen, da diese Abkommen bestimmte Bekennnisse privilegieren und damit gegen das Gebot weltanschaulicher und religiöser Neutralität verstoßen.

4. Das Grundgesetz und die Landesverfassungen sind daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie dem Grundsatz der weltanschaulich-religiösen Neutralität entsprechen. Bestimmungen, die diesem Grundsatz widersprechen, sind zu streichen.

5. Die auf historischen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Kirchen (z. B. aufgrund der Säkularisierung von Kirchenvermögen im 19. Jahrhundert) sind zu beenden.

6. Das im Personenstandsgesetz verankerte Recht zur Befragung nach der Konfession bei Personalangelegenheiten ist zu streichen, da dies im Widerspruch zum eindeutigen Wortlaut der Verfassung steht: „Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren“ (Art. 136, Abs. 3, Satz 1 Weimarer Verfassung in Verbindung mit Art. 140 GG).

7. Alle Gesetze sind von moral-theologischen und religiös motivierten Bestimmungen zu befreien (z. B. im Strafrecht Gotteslästerung, Teile des Sexualstrafrechts).

8. Auf die Verwendung sakraler Symbole und Formeln (Kruzifix, Eid) ist im Bereich aller staatlichen Institutionen (z. B. Gericht, Schule) zu verzichten.

## II. Im Bereich staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen

1. Die religiös und weltanschaulich neutrale Gemeinschaftsschule ist als staatliche Regelschule in allen Bundesländern und Landes-teilen einzuführen.

2. Art. 7 des Grundgesetzes ist dahingehend zu ändern, daß Religionsunterricht kein Lehrfach an staatlichen Schulen ist.

3. Die bevorzugte staatliche Förderung konfessioneller Bildungseinrichtungen und Ausbildungsstätten ist einzustellen.

4. Die theologischen Fakultäten sind aus den Universitäten auszugliedern und in den Bereich eigenfinanzierter privater kirchlicher Ausbildungsstätten zu verweisen, da die organisatorische und finanzielle Unterstützung von Geistlichen nicht Sache des Staates ist, und die Ausbildung an den Universitäten ausschließlich auf wissenschaftlicher Basis zu erfolgen hat.

Religionswissenschaftliche Abteilungen der philosophischen Fakultät an den Universitäten haben die Aufgabe, sich kritisch mit Voraussetzungen, Wirkungen, Ideologie und den wissenschaftlichen Gegenständen der Religionen auseinanderzusetzen.

5. Finanzierungshilfen und Zuschüsse des Staates an die Kirchen sind künftig nicht mehr zu gewähren, sofern sie nicht nach den allgemeinen Grundsätzen der Gemeinnützigkeit vergeben werden.

6. Die Erfüllung der sozialen Aufgaben muß sich nach staatlich anerkannten, demokratisch kontrollierten und legitimierte Kriterien richten, die sich allein an den Bedürfnissen der Bevölkerung nach optimaler Versorgung orientieren.

Eine an diesen Grundsätzen ausgerichtete und speziell ausgebildete und von hauptberuflichen Kräften ausgeübte Sozialfürsorge gewährleistet eine humanere Betreuung als eine auf ideologischen Einfluß bedachte Caritas. Auf dem Gebiet der Spezialleistungen folgt daraus der Vorrang der staatlichen Sozialhilfe (Abbau des geltenden Subsidiaritätsprinzips). Übergangsweise sind die Kontroll- und Prüfungsrechte des Staates in diesem Bereich wesentlich zu erweitern. Im Zuge der Abschaffung der staatlichen Kirchensteuer ist eine Sozialsteuer in Höhe von ca. 50 % des

bisherigen Kirchensteuersatzes einzuführen. Diese zweckgebundene Steuer ist unmittelbar dem Steueranteil der Kommunen zuzuweisen. Die Kommunen werden hiermit in die Lage versetzt, den bisher von den Kirchen übernommenen finanziellen Anteil bei Investitionen im sozialen Bereich zu übernehmen.

7. Die staatliche Institutionalisierung von Militärseelsorgern und -gottesdiensten ist zu beseitigen.

8. Hinsichtlich ihrer Befreiung vom Wehrdienst sind Geistliche nach den für jeden Bürger geltenden Kriterien zu beurteilen, da ihre bisherige Privilegierung ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz darstellt.

9. Die besondere Repräsentation der Kirchen in öffentlichen Entscheidungsgremien und anderen Organen (z. B. Rundfunkräte, Schulausschüsse, Jugend- und Sozialausschüsse u. a.) ist aufzuheben, soweit sie nicht innerverbandlich demokratisch legitimiert ist.

## „Trotz Risiko“ zur Mitarbeit beim Kirchentag bereit

Die Bereitschaft, den Ende Juni in Düsseldorf stattfindenden 15. Deutschen Evangelischen Kirchentag trotz des mit ihm verbundenen Risikos zu unterstützen, bekundete der westfälische Präses D. Hans Thimme. Vor den Beauftragten aus den westfälischen Kirchenkreisen für die Vorbereitung des Kirchentages wies Thimme am Dienstag, 30. Januar, in Bielefeld auf „fatale Nebenwirkungen“ des Stuttgarter Kirchentages von 1969 hin, die durch eine „bedingungslose Freigabe“ der Diskussion entstanden seien. Nach Meinung Thimmes bedeutet die weite Öffnung des Kirchentages zur Öffentlichkeit hin auch eine Gefährdung. Er begrüße darum die Bemühungen der rheinischen Kirchenleitung, „substantiierte Teilnehmer“ einzuladen und erklärte sich bereit, selbst am Düsseldorfer Kirchentag teilzunehmen. Wie der Präses mitteilte, hat die westfälische Kirche auch die Leiter der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ gebeten, ihre „totale Ablehnung“ des Kirchentages aufzugeben.

## Kommentar:

# Jungdemokraten für Staatsallmacht

Erwin Wilkens

Wenn man die Äußerungen der Deutschen Jungdemokraten auf der Landesdelegiertenkonferenz von Nordrhein-Westfalen und auf der Bundesdelegiertenkonferenz unter dem Gesichtspunkt der ihnen zugrunde liegenden geschichtlichen Kenntnisse, der in ihnen deutlich werdenden geistig-sittlichen Substanz und der Einschätzung der tatsächlich politisch-gesellschaftlichen Lage durchsieht, möchte man vorweg dazu raten, diesen Äußerungen kein allzu großes Gewicht beizumessen. Sie gehören in den Zusammenhang eines offenbar allzu verworrenen politisch-gesellschaftlichen Programms, mit dem sich kein verantwortlicher Politiker in der Bundesrepublik identifizieren dürfte. Dennoch mögen diese Äußerungen der Stimmungslage bestimmter Schichten der Bevölkerung entsprechen und angesichts einer weitverbreiteten Unsicherheit in geistigen und sittlichen Grundlagen geeignet sein, eine gewisse Verwirrung zu stiften.

Der auch in der Bundesrepublik Deutschland geltende Verfassungsgrundsatz der Trennung von Kirche und Staat ist in keiner Weise umstritten. Er wird auch kirchlicherseits voll bejaht. Ein solcher Grundsatz kann aber in seiner faktischen Bedeutung nur recht beurteilt werden und ohne nach beiden Seiten hin Schaden anzurichten zur Wirkung kommen, wenn er in seinem jeweiligen geschichtlichen Zusammenhang gesehen wird. Die Jungdemokraten sind offenbar der Auffassung, daß es ein für allemal festliegendes Verständnis einer Trennung von Kirche und Staat gibt.

Ein Blick in die Geschichte und die Gegenwart zeigt, daß dies nicht der Fall ist. Ein schönes Beispiel dafür ist die Situation der lutherischen Kirche in Frankreich, die in den Landesteilen zwischen 1871 und 1918 (also ohne Elsaß-Lothringen) Anfang des 20. Jahrhunderts durch die radikalere Bewegung einer Trennung von Kirche und Staat eine „freikirchliche“ Gestalt erhielt, während sie in Elsaß-Lothringen bis heute in ihrem Verhältnis zum Staat staatskirchliche Elemente behalten hat. Oder man vergleiche die völlig entgegengesetzten Auswirkungen des Grundsatzes einer Trennung von Kirche und Staat in den Vereinigten Staaten von Amerika und in der Sowjetunion mit den übrigen Staaten des östlichen Sozialismus. In den USA beruhte die seitens der Kirchen und Gemeinden von vornherein beanspruchte Trennung von Kirche und Staat auf der Idee von Freiheit und Unabhängigkeit für die Kirche und die religiösen Überzeugungen, in den Staaten des Ostens wirkt sich die Trennung von Kirche und Staat als eine scharfe Reglementierung aus. So ist schon deutlich, daß mit dem als Schlagwort benutzten Grundsatz „Trennung von Kirche und Staat“ noch gar nichts irgendwie Hilfreiches ausgesagt ist. Trennung von Kirche und Staat kann ja nicht schlicht bedeuten, daß zwischen Kirche und Staat überhaupt keine Beziehungen bestehen könnten und daß zwischen Kirche und Staat nichts zu regeln sei.

Die Jungdemokraten verstehen den Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat offenbar so, daß bei seiner vollen Durchsetzung

kirchliche Einrichtungen überhaupt aus dem öffentlichen Leben zu entfernen seien. Dies ist bis heute nicht einmal in den Staaten des Ostblocks geschehen, und es gibt auch keine Anzeichen dafür, daß dies dort unter Anwendung staatlicher Zwangsmittel bewerkstelligt werden soll. Sucht man eine geschichtliche Parallele zu diesen Vorstellungen der Jungdemokraten, so bieten sich die Maßnahmen des Gauleiters Greiser im Warthegau nach 1939 an, die damals offenbar als Modell für künftige „Regelungen“ zum Verhältnis von Kirche und Staat in einem nationalsozialistischen Großdeutschen Reich gedacht waren.

Greift man in der geschichtlichen Betrachtung noch weiter zurück, so muß man die hier vertretenen Auffassungen zum Verhältnis von Kirche und Staat als ein Relikt einer Zeitphase betrachten, in der Staat und Kirche die beiden großen öffentlichen Gewalten darstellten, deren Verhältnis damals „positiv“ geregelt war, das aber nun „negativ“ gestaltet werden soll. Es fehlt also in einer derartigen Vorstellung das weite Feld der Gesellschaft. Hier aber liegt der eigentliche Mangel im Denken der Jungdemokraten. Sei übersehen, daß sich den Größen Kirche und Staat in der Neuzeit die Größe Gesellschaft mit ihren nichtstaatlichen Gruppen und Einrichtungen zugesellt hat. So betrachtet betrifft die Diskussion, die die Jungdemokraten damit angerührt haben, in Wahrheit das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Daß diese Fragenstellung auch sonst aktuell ist, hat sich in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 in einer Reihe von Diskussionsbeiträgen gezeigt.

Wo man das Feld der Gesellschaft einengt oder möglichst nahe an den Staat heranrückt, läuft dieses Denken auf einen Staatsmonopolismus hinaus, der immer eine Versuchung deutschen Staatsdenkens gewesen ist. Für einen solchen die Gesellschaft voll und ganz für

den Staat beanspruchenden Weg sind die Diktaturen aller Schattierungen bis heute ein Beleg. So betrachtet bestätigen die Jungdemokraten mit ihren Thesen die alte Sorge, daß ein unreflektierter Weltanschauungs-Liberalismus zur

Intoleranz neigt und auf ein alle Lebensbereiche umfassendes monopolistisches Staatsverständnis hinausläuft. Es sollte aber geschichtlich gebildeten Liberalen geläufig sein, daß es für das Freiheitsverständnis in einem Staate eine Probe bedeutet, wieweit er der Gesellschaft ein Eigenleben beläßt und seinerseits im Interesse der Betätigungsmöglichkeit freier Gruppeninitiativen und mündiger Bürger geradezu fördert. So betrachtet besteht Veranlassung, weit über kirchliche Kreise hinaus über den anmaßenden Staatstotalitarismus, wie er bis ins Vokabular einiger

Sprecher der Jungdemokraten deutlich wird, tief erschrocken zu sein.

„Der Irrglaube, daß nur das rational Erfassbare oder gar nur das wissenschaftlich Nachweisbare zum festen Wissensbesitz der Menschheit gehöre, wirkt sich verderblich aus. Er führt die ‚wissenschaftlich‘ aufgeklärte Jugend dazu, den ungeheuren Schatz von Wissen und Weisheit über Bord zu werfen, der in den Traditionen jeder älteren Kultur wie in den Lehren der großen Weltreligionen enthalten ist.“ (Konrad Lorenz in seinem neuesten Buch: „Die acht Todsünden der zivilisierten Menschheit“.)

## Spartakus und seine Bündnispartner

Gerd Langguth

Der zweite Bundeskongreß des DKP-nahen „Spartakus“, der kürzlich in Hamburg zu Ende ging, verlief im Stile von SED-Funktionärskonferenzen und somit ohne Überraschungen. Dieser Kongreß wies eindeutig nach, daß der „Spartakus“ eindeutig als parteifrömmster Studentenverband der Bundesrepublik anzusehen ist, weil er sich in eine totale ideologische Abhängigkeit zur DKP begeben hat und völlig unfähig zu einer eigenständigen Politik ist.

Dieser Kongreß zeigte deutlich, daß es sich beim „Spartakus“ um eine sehr geschlossen auftretende Kaderorganisation handelt, die es durch eine sehr langfristige Strategie zweifelsohne an zahlreichen Hochschulen verstanden hat, die radikale Linke unter ihre Führung zu bringen. Gleichwohl konnte der „Spartakus“ durch massiven Einsatz des RCDS an einer ganzen Reihe von Hochschulen in seinem Vormarsch zurückgedrängt werden. Dennoch haben gerade die Wahlen

zu den Studentenparlamenten im zurückliegenden Wintersemester bewiesen, daß der „Spartakus“ teilweise über enorme Geldsummen verfügt, die sich nur aus einer Finanzierung von seiten der DKP oder DDR erklären lassen können.

Der „Spartakus“-Kongreß wies aber noch zwei weitere Aspekte auf. Zum einen überbrachte ein Hochschullehrer Wetzel im Auftrage des Bundesvorstandes des „Bundes Demokratischer Wissenschaftler“ herzlichste Grußworte, was eben erneut nachwies, daß der „Bund Demokratischer Wissenschaftler“ als eine zu großen Teilen prokommunistische Organisation anzusehen ist, weil dieser sich so klar für eine Aktionseinheit mit doktrinären Kommunisten ausspricht.

Zum anderen legte aber auch die Anwesenheit von Vertretern des „Sozialdemokratischen“ Hochschulbundes dar, daß es offensichtlich kaum Unterschiede zwischen „Spartakus“ und SHB auf ideologischer Ebene gibt. Im Gegenteil sprach der

SHB-Bundesvorsitzende Nordhoff eindeutig davon, daß die Frage der Aktionseinheit von Sozialdemokraten mit Kommunisten eben keine taktische, sondern eine prinzipielle Frage sei. Hier wies Nordhoff auf die Zusammenarbeit zwischen SHB und Spartakus im „Verband Deutscher Studentenschaften“ hin, der wieder lautstarke Forderungen nach einer Wiederfinanzierung aus Bundesmitteln erhob – ohne daß dieser neuerlichen Forderung von der Bundesregierung entschieden und in aller Öffentlichkeit widersprochen worden wäre. Überhaupt muß festgestellt werden, daß die Trennung der SPD vom „SHB“ nur eine sehr halbherzige ist. Zwar wurde dem Bundesverband die Führung des Namens „sozialdemokratisch“ durch den Parteivorstand verboten, doch können die einzelnen Gruppen des SHB an den einzelnen Hochschulen durchaus weiterhin mit dem Firmenschild „sozialdemokratisch“ hausieren gehen. Dies wird von seiten der SPD-Parteiführung mit dem Mantel des Schweigens überdeckt.

### Unsere Autoren

Dr. Hans Bolewski, Pfarrer  
3 Hannover-Kirchrode, Colmarstraße 6

Oberkirchenrat Erwin Wilkens  
3 Hannover-Herrenhausen  
Herrenhäuser Straße 2 A

Dr. med. W. Wübbena  
2955 Bunde, Mühlenstraße 19

Gerd Langguth  
RCDS-Bundesvorsitzender  
53 Bonn, Ubierweg 26